

# Kein Abschluss ohne Anschluss

## Übergang von der Schule in den Beruf in NRW – Basisinformationen

<http://www.keinabschlussohneanschluss.nrw.de/uebergang-schule-beruf-in-nrw/basisinformationen.html>

Die NRW-Landesregierung setzt sich mit aller Kraft dafür ein, den Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf nachhaltig zu verbessern. Kein Abschluss ohne Anschluss – nach diesem Motto führt Nordrhein-Westfalen als erstes Flächenland ein landesweit einheitliches und effizient gestaltetes Übergangssystem ein. Es nimmt alle Schülerinnen und Schüler in den Blick und ermöglicht ihnen einen guten, zielgerichteten Start in Ausbildung oder Studium.

Das neue Übergangssystem Schule-Beruf in NRW unterstützt die Schülerinnen und Schüler frühzeitig bei der Berufs- und Studienorientierung, der Berufswahl und beim Eintritt in Ausbildung oder Studium. Ziel ist es, allen jungen Menschen nach der Schule möglichst rasch eine Anschlussperspektive für Berufsausbildung oder Studium zu eröffnen und durch ein effektives, kommunal koordiniertes Gesamtsystem unnötige Warteschleifen zu vermeiden. Jugendliche und ihre Eltern werden in Nordrhein-Westfalen auf dem Weg in die Berufswelt nachhaltig unterstützt.

An der Umsetzung des neuen Übergangssystems wirken viele Partner und Akteure mit, auf Landesebene wie auf kommunaler Ebene, aus Wirtschaft und Schule. Grundlage dafür sind die Vereinbarungen im Ausbildungskonsens NRW. Die Partner im Ausbildungskonsens NRW, das sind die Landesregierung, die Bundesagentur für Arbeit, die Sozialpartner sowie die Kammern und Kommunen, haben sich 2011 auf das Gesamtkonzept für einen systematischen Übergang von der Schule in den Beruf verständigt und die gemeinsame Umsetzung vereinbart.

► [Broschüre zum Landesvorhaben \(PDF\)](#)

► [Fachlinks und Downloads zum Übergang Schule-Beruf in NRW](#)

► [Der Ausbildungskonsens in NRW](#)

## Zentrale Elemente des neu gestalteten Übergangs Schule-Beruf in NRW

### Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen stärken

Spätestens ab Klasse 8 erhalten **alle** Schülerinnen und Schüler eine verbindliche, systematische und geschlechtersensible Berufs- und Studienorientierung mit regelmäßigen Praxisphasen. Ergänzend zum Unterricht werden Berufsfelderkundungen und Praktika ermöglicht, um betriebliche Wirklichkeit zu erfahren und verschiedene Berufsfelder kennenzulernen. Im neuen Übergangssystem sind Gymnasien genauso einbezogen wie Haupt- und Förderschulen. Geeignete Beratungsverfahren und -instrumente stehen bereit, um die Übergangsprozesse optimal zu begleiten.

► [Weitere Informationen zur Berufsorientierung an Schulen](#)

## **Übergang in Ausbildung oder Studium organisieren**

Bis zum Ende der Schulzeit wird mit den Schülerinnen und Schülern eine individuelle Anschlussperspektive erarbeitet und durch eine konkrete Anschlussvereinbarung dokumentiert.

- Die ausbildungsreifen Jugendlichen erhalten ein passendes Ausbildungsangebot, Vorrang hat dabei die duale Ausbildung in einem Betrieb.
- Für noch nicht ausbildungsreife Jugendliche werden Angebote an Berufskollegs oder bei Trägern mit verstärktem Praxisbezug bereitgestellt. Ziel ist die Förderung der Ausbildungsreife, um baldmöglichst eine duale Ausbildung beginnen zu können.
- Mit den Schülerinnen und Schülern der gymnasialen Oberstufe werden Perspektiven für die Aufnahme eines Studiums entwickelt oder alternative Ausbildungswege nach dem Abitur etwa durch Aufnahme einer Berufsausbildung oder eines späteren dualen Studiums aufgezeigt.

## **Attraktivität der dualen Berufsausbildung stärken**

Ein wichtiges Anliegen des Landesvorhabens ist es, die Attraktivität der dualen Berufsausbildung zu erhöhen. Die Berufsausbildung im dualen System ist modern und bietet exzellente Weiterbildungsmöglichkeiten. Deshalb entscheiden sich viele Jugendliche nach dem Schulabschluss für eine betriebliche Ausbildung. Dennoch sind die vielfältigen Chancen nicht ausreichend bekannt. Zur Attraktivitätssteigerung der dualen Ausbildung planen die Partner im Ausbildungskonsens NRW, die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Rahmen der Berufsorientierung im neuen Übergangssystem gezielt zu informieren und zu sensibilisieren. Jugendliche erwerben mit der betrieblichen Ausbildung auch ein gutes Fundament für Aufstieg und Karriere im Unternehmen und können zum Beispiel schon während der Ausbildung Zusatzqualifikationen erwerben.

## **Kommunale Koordinierung bündelt die Aktivitäten vor Ort**

Bei der Umsetzung des neuen Übergangssystems haben die Kommunen eine wichtige Rolle und bündeln über die kommunalen Koordinierungsstellen, gefördert aus Landes- und ESF-Mitteln, die Aktivitäten vor Ort.

Zum Aufgabenspektrum der kommunalen Koordinierungsstellen gehören: Ansprache und Zusammenführung aller relevanten Partner, Herstellung von Transparenz über Nachfrage- und Angebotsseite, Initiieren von Absprachen, Vereinbarungen zwischen den Partnern, Nachhalten der Wirksamkeit, Qualitätssicherung und Evaluierung auf lokaler Ebene.

Akteure und Partner im Übergangsprozess sind neben den Kommunen die Bundesagentur für Arbeit mit den Arbeitsagenturen und Jobcentern, Schulen/ Berufskollegs, Jugendhilfe, Bildungsträger, Wirtschaftsorganisationen, Kammern und Gewerkschaften.

► [Weitere Informationen zur kommunalen Koordinierung](#)

## **Schrittweise Einführung**

Angesichts der großen Anzahl von Schülerinnen und Schülern wird das neue Übergangssystem Schule-Beruf schrittweise eingeführt. Bis Ende 2018/19 soll es vollständig ausgebaut sein.

Für die landesweite Umsetzung wurden sieben Referenzkommunen ausgewiesen, die Ende 2011 mit der praktischen Umsetzung des neuen Übergangssystems begannen. Sie verfügen bereits über weitreichende Aktivitäten in der regionalen Netzwerkbildung und können für neu hinzukommende Kommunen Erfahrungen und Orientierungswissen liefern.

Folgende Kommunen sind als Referenzkommunen beteiligt: Bielefeld, Dortmund, Mülheim, StädteRegion Aachen, Kreis Borken, Kreis Siegen-Wittgenstein, Rheinisch-Bergischer Kreis. Inzwischen sind nahezu alle nordrhein-westfälischen Kommunen aktiv in den Umsetzungsprozess eingebunden bzw. bereiten den Einstieg für das Schuljahr 2014/15 vor.

Das nordrhein-westfälische Arbeitsministerium unterstützt die Kommunen bei der Umsetzung des Übergangssystems und koordiniert auf Landesebene den Prozess im Ausbildungskonsens NRW.

► [Stand der Umsetzung in den Kommunen](#)

## **Potenzialanalyse für die systematische Berufs- und Studienorientierung**

Im Rahmen des Landesvorhabens „Kein Abschluss ohne Anschluss“ sollen Schülerinnen und Schüler zu reflektierten Berufs- und Studienwahlentscheidungen kommen und realistische Ausbildungsperspektiven entwickeln. Dazu sind Standardelemente wie die Potenzialanalyse entwickelt worden. Die Potenzialanalyse ermittelt Stärken und legt den Grundstein für weitere Schritte in der Berufs- und Studienorientierung.

► [Informationen und Praxisberichte mit Fotogalerie](#)

## **Gendersensible Berufsorientierung – Fachportal informiert**

Mädchen und Jungen wählen oft geschlechtstypische Berufe und Studienfächer, tatsächliche Potenziale bleiben oft ungenutzt. Für die Begleitung von Jugendlichen im „Übergang Schule–Beruf“ lenkt Geschlechtersensibilität als Schlüsselkompetenz den Blick kritisch auf vermeintliche Zuschreibungen nach Geschlecht und unterstützt die Wahrnehmung individueller Kompetenzen. Im Trägerverbund von FrauenForum e.V. (Münster), FUMA Fachstelle Gender NRW (Essen), Handwerkerinnenhaus e.V. (Köln) und dem Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V. (Bielefeld) informiert ein zentrales Projekt im Rahmen des Landesvorhabens „Kein Abschluss ohne Anschluss“.

► [www.genderkompetent-nrw.de](http://www.genderkompetent-nrw.de)

## **Arbeitsminister Schneider wirbt bei Unternehmen um Ausbildungsbereitschaft**

NRW-Arbeitsminister Guntram Schneider wirbt bei Unternehmen für mehr Ausbildungsbereitschaft und startete in Bielefeld eine landesweite Gesprächstour, die durch alle 16 Bezirke der Industrie- und Handelskammern führt. Anlass ist die Tatsache, dass 2013 die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze landesweit gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Prozent gesunken, die Zahl der Bewerber aber um 1,9 Prozent gestiegen war.

► [Mitteilung zur Ministertour](#)

## **Fachveranstaltung zum Modellvorhaben "Kein Kind zurücklassen"**

Das Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ der NRW-Landesregierung in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung bildet die Gesamtstrategie zur frühzeitigen vorbeugenden Unterstützung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen kommunaler Präventionsketten. Die ESF-geförderte Fachveranstaltung „MIT UNTERNEHMEN“ zeigte, wie engagiert die regionalen und kommunalen Akteure bei der Umsetzung des Vorhabens agieren. Staatssekretär Dr. Wilhelm Schäffer appellierte in seiner Eröffnungsrede an die Unternehmen, die erforderlichen Praktikums- und Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

► [Tagungsbericht](#)

## **Zwischenbilanz: Landesvorhaben verbessert Chancen für Jugendliche und Wirtschaft**

Durch das Landesvorhaben „Kein Abschluss ohne Abschluss“ verbessern sich für Schulabgängerinnen und Schulabgänger in Nordrhein-Westfalen die Chancen auf eine erfolgreiche berufliche Ausbildung. „Mit unserem Übergangssystem wollen wir Schluss machen mit dem Angebotswirrwarr, das viel zu häufig in Warteschleifen und zu Ausbildungs- und Studienabbrüchen geführt hat. Davon profitieren auch Unternehmen.“ NRW-Arbeitsminister Guntram Schneider zog eine positive Zwischenbilanz und appellierte an die Unternehmen, ausreichend Plätze für Praktika und Ausbildung bereitzustellen. Im Schuljahr 2013/14 werden über 70.000 Schülerinnen und Schüler der 8. Jahrgangsstufe erreicht. Im Rheinisch-Bergischen Kreis gelingt die Umsetzung beispielhaft.

► [Weitere Informationen und Links](#)

## **Bund unterstützt Übergangssystem NRW mit bis zu 60 Millionen**

Nordrhein-Westfalen erhält vom Bund bis zu 60 Mio. Euro bei der Einführung des neuen Übergangssystems Schule-Beruf. Danach werden die Angebote zur Potenzialanalyse und zur Berufsfelderkundung der Schülerinnen und Schüler aus dem Berufsorientierungsprogramm des Bundes schrittweise ab dem Schuljahr 2014/15 in das neue Übergangssystem in NRW integriert.

► [Mitteilung des Arbeitsministeriums](#)